Rede der FDP-Fraktion zum Haushalt 2025 von Gemeinderat Willy Nees

Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,
sehr geehrter Herr Bürgermeister,
verehrte Mitglieder des Gemeinderates,
geschätzte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter,

Allgemeine Ausführungen

Das Jahr 2024 wird Jede und Jeder nach seiner persönlichen Einschätzung bewerten. Politisch aber war es von gravierenden Ereignissen geprägt. In Berlin hat sich die Ampelkoalition aufgelöst mit der Folge „Neuwahlen“ und in Amerika wurde ein neuer Präsident gewählt. Die Folgen sind bekannt. Die kriegerischen Konflikte in der Welt nahmen zu. Bisher als allgemein akzeptierte internationale Grundlagen und Gemeinsamkeiten der Völkergemeinschaft werden zusehends infrage gestellt oder gelten nicht mehr. Die Bedrohungen unserer Demokratie von innen und außen nehmen zu und gefährden deren Bestand. Alle demokratischen Kräfte sind aufgerufen, entgegen zu wirken, damit wir auch künftig in Frieden und Freiheit leben können.

Die schwache Konjunktur belastet weiterhin unsere Wirtschaft, die wirtschaftliche Entwicklung ist weiter im Sinkflug, Unternehmen verlassen Deutschland oder reduzieren Arbeitsplätze, erforderliche Investitionen werden zurückgestellt oder komplett gestrichen. Trotzdem werden notwendige Gegenmaßnahmen nicht ergriffen. Der Fach – und Arbeitskräftemangel setzt sich in fast allen Bereichen spürbar fort, bereitet Probleme und wirkt sich auf die Wettbewerbsfähigkeit negativ aus. Zahlreiche offene Stellen und Ausbildungsplätze bleiben unbesetzt. Die Arbeitslosenzahl steigt.

Der angekündigte „Wachstumsturbo“ hatte wohl Ladehemmung. Die Wirtschaftsverbände klagen seit Jahren über die stetig zunehmende Bürokratie, überbordende Kontrollmechanismen und eine nicht mehr zu bewältigende Regulierungsdichte, die bei Unternehmen, dem Mittelstand, den Handwerksbetrieben und Selbständigen erheblichen Aufwand und nur unproduktive Kosten verursachen und auch die öffentlichen Verwaltung belasten. Dies gilt ebenso für die Krankenhäuser und die sozialen Dienstleister. Trotz vieler Beteuerungen ist bisher nicht wirksam dagegen gehandelt worden bzw. hat es keine Trendwende gegeben – es werden weiter Vorschriften produziert. In den letzten Jahren sind laut Berichten über 13.000 neue Vorschriften und Regelungen erlassen worden.
Es macht wenig Sinn, die Betriebe und Unternehmen erst mit entbehrlichen und oft auch ideologisch geprägten Vorgaben zu gängeln, um sie dann mit staatlichen Subventionen zu stützen. Nur Probleme zu beschreiben hilft nicht weiter- es müssen schnellstens Lösungen gefunden und zeitnah umgesetzt werden.

Eine gute Wirtschaftspolitik ist auch eine gute Sozialpolitik. Mit einer florierenden Wirtschaft und in Folge steigenden Steuereinnahmen wird eine wesentliche Grundlage für die Finanzierung der sozialen Transferleistungen geschaffen. Neue konsumtive Schulden oder höhere Besteuerung der Leistungsträger sind auf Dauer keine tragfähigen Lösungen.

Lage der Städte und Gemeinden

Schon in der Vergangenheit forderte die **FDP-Fraktion** die Einhaltung des Konnexitätsprinzips und wird es auch weiterhin tun – bedeutet: „wer bestellt bezahlt“ und zwar zu 100 Prozent und nicht nur mit einer kurzen Anschubfinanzierung. Eingehalten wird es bisher weder vom Bund noch von der Landesregierung. Stattdessen immer neue „Wohltaten“ und politische Versprechungen, die letztendlich von der Gemeinde dauerhaft weitestgehend allein finanziert

werden müssen. z.B. Rechtsanspruch auf Betreuung unter 3 Jahren, Tablets für Lehrerkräfte und Schüler/Schülerinnen während der Corona-Phase, und ab 2026 Grundschulbetreuung ganztags. Weder deren Finanzierung noch die Personalausstattung sind auch nur ansatzweise gesichert- auch wenn es derzeit wieder anderslautende Verlautbarungen gibt. Deshalb wehren sich die kommunalen Spitzenverbände dagegen und fordern eine erneute Beratung.

Sollte weiterhin ein finanzieller Ausgleich für die übertragenen Aufgaben ausbleiben, wird man um eine Aufgabenkritik und eine Priorisierung nicht herumkommen, da die Gemeinde die Deckungslücken dauerhaft nicht wird schließen können. Ebenso muss das Beauftragten(un)wesen zu Lasten der Städte und Gemeinden und der Wirtschaft beendet werden.

Zeitenwende

Ein derzeit in der Politik oft verwendeter Begriff ist „Zeitenwende“. Diese hat auch in unserer Gemeinde in Bezug auf die finanzielle Entwicklung eingesetzt.

„Gemeinden sind Orte der Lebenswirklichkeit“ – so die Aussage eines Politikers, der wohl aus Erfahrung spricht und es erkannt hat.

Die **FDP-Fraktion** ist sich durchaus bewusst, dass die vom Gemeinderat beschlossenen Erhöhungen in verschiedenen Bereichen (z.B. Kinderbetreuung, Wasser – und Abwasser, Hallenbenutzung etc.), in eine Zeit fallen, in der die Bürgerinnen und Bürger ohnehin schon durch enorm gestiegene Lebenshaltungskosten stark belastet werden. Energiekosten, Lebensmittelpreise, Versicherungen und Vieles mehr steigen weiter – wenn auch derzeit nicht mehr so rasant. Fast kein Lebensbereich ist von den Teuerungen ausgenommen. Die Feststellung, die gefühlte Teuerung sei deutlich höher als durch die derzeitige Inflationsrate belegt, hilft nur wenig.

Dies trifft auch die Städte und Gemeinden. War es dem Gemeinderat jahrelang möglich, Steuern und Abgaben – soweit darüber der Gemeinderat in eigener Zuständigkeit entscheiden konnte – moderat zu gestalten, haben nun die gestiegenen Ausgaben Erhöhungen notwendig werden lassen, damit die Gemeinde die vielen und künftig noch zunehmenden Aufgaben erfüllen kann. Mehreinnahmen werden zur Finanzierung des Aufwands eingesetzt, reichen oft aber bei weitem nicht für eine hundertprozentige Deckung aus.

Finanzen/Haushalt/

Angesichts der angespannten Haushaltslage der Gemeinde hat die FDP-Fraktion bewusst auf das Einreichen von haushaltswirksamen Vorschlägen verzichtet.
Der Entwurf für den Gesamtergebnishaushalts weist geplante Erträge von rund **49 Mio**. Euro aus. Dem stehen ordentliche Aufwendungen in Höhe von rund **50,7 Mio. €** entgegen, was zu einem negativen Ergebnis von **1,7** Mio. € führt. Um im Bedarfsfall handlungsfähig zu bleiben, ist im Haushalt eine Kreditermächtigung über **7,0** Mio. € enthalten. Liquide Eigenmittel Ende 2025 ca. 4 Mio. €. Gesamtschulden der Gemeinde insgesamt Ende 2025 ca. **51** Mio. €.

Woher kommt das Geld

Die Schlüsselzuweisungen aus dem Kommunalen Finanzausgleich belaufen sich auf **11,5** Mio. € reichen aber nicht zur vollständigen Finanzierung der übertragenen Aufgaben.
Weitere wesentliche Einnahmequellen sind der Anteil an der Einkommensteuer mit ca. **13,5** Mio.€, gefolgt von der Gewerbesteuer mit **6,5** Mio.€. Für laufende Zwecke kommen vom Land

4,7 Mio.€. Der Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer beläuft sich **auf 2,6 Mio**. €. Die Einnahmen aus der Grundsteuer betragen rund **2,0** Mio.€.
Allerdings müssen hier u.a. die FAG-Umlage (**6,5** Mio. €), die Gewerbesteuerumlage (**650.000** €) und die Kreisumlage (**9,6** Mio. €) gegengerechnet werden. Mit der Kreisumlage finanziert der Landkreis auch Aufgaben, die er für die Kommunen erledigt. Ein stets wiederkehrender Ausgabeposten sind u.a. die zu erwirtschaftenden Abschreibungen, in diesem Haushalt rd. **3,5** Mio. €.

Steuern und Gebühren

Grundsteuer

Nun ist das eingetreten, was die **FDP-Fraktion** schon bei der Erhebung zur Grundsteuer hat kommen sehen: nachdem nun die meisten Grundstückseigentümer von der Gemeinde den Grundsteuerbescheid erhalten haben, wird vielen bewusst, wie sehr diese ungerechte Grundsteuergesetzgebung der grün-schwarzen Landesregierung sie trifft. Insbesondere die Eigentümer von Einfamilienhäusern müssen eine über Gebühr eingetretene mehrfache Erhöhung der Grundsteuer hinnehmen. Und diese ist **nicht** in der Verantwortung der Gemeinde zu sehen.

Die verkündete Aufkommensneutralität hat sich von Anfang an nur auf das Grundsteuer-aufkommen insgesamt für die Gemeinde bezogen – nicht auf die Grundsteuerhöhe für einzelne Eigentümer! Damit wurde die Erwartung geweckt, dass sich in einer Gemeinde durch die Grundsteuerreform das Gesamtaufkommen aus der Grundsteuer nicht erhöht. Das Landesgrundsteuergesetz hat die Städte und Gemeinden jedoch nicht zur aufkommensneutralen Umsetzung der Grundsteuerreform verpflichtet.

Nur auf Grund bisher guter Finanzausstattung und entsprechender Rücklagen konnte der Gemeinderat für den Haushalt 2025 den Hebesatz so festlegen, dass dies eingehalten hat werden können. Wie lange diese Zusage auch für künftige Haushalte gelten kann, wird sehr davon abhängen, wie sich die Finanzlage der Gemeinde entwickelt und ob es zum Ausgleich des kommunalen Haushalts unumgänglich sein könnte, die eigenen Steuereinnahmen zu erhöhen, insbesondere wenn die Ausgaben weiterhin auf Grund zugewiesener staatlicher Aufgaben und gestiegener Standards ungebremst steigen würden.

Das in diesem Zusammenhang vom Finanzministerium Baden-Württemberg veröffentliche Transparenzregister war ein unzulässiger Eingriff in die kommunale Selbstverwaltungshoheit, hat keinen informatorischen Mehrwert gebracht und war schlichtweg überflüssig!

Investitionen Neubaugebiet N 5

Das wohl größte Einzelprojekt der Gemeinde mit einem Finanzvolumen von um die **35 Mio.** € bleibt weiterhin das Neubaugebiet N 5. Dies wird durch eine Entnahme aus der Liquiditätsreserve (18,4 Mio. €) und Kreditermächtigungen abgedeckt. Nach jahrelanger umfangreicher Vorarbeit mit Planungen, Gutachten und Konzepten ist die Umlegung weitestgehend abgeschlossen. Die Auszahlung für den Grundstückserwerb an die Eigentümer ist für Frühjahr 2025 vorgesehen. Dafür stehen **20 Mio**.€ im Haushalt. Die zu zahlende Grunderwerbsteuer liegt bei **1,7** Mio. €.
Einrichtungen für die Kinderbetreuung, für Pflege, Nahversorgung, soziale und medizinische Dienstleistungen sollen das Quartier bereichern und zu dessen Attraktivität beitragen
Für das von der Gemeinde vorgesehene Nahwärmenetz konnte nun ein Betreiber gefunden werden, der die Vorgaben der Ausschreibung akzeptiert und deren Realisierung zugesagt hat. Für die Erwerber gemeindeeigener Grundstücke wird der Anschluss an das Nahwärmenetz verpflichtend. Für die anderen Grundstücke wird ein Anschluss empfohlen. Bauträger haben für die erworbenen Grundstücke ebenfalls Interesse bekundet. Um das Ziel der

Klimaneutralität für dieses Gebiet erreichen zu können, bleibt zu wünschen, dass möglichst viele Bauherren sich für einen Anschluss entscheiden.
Interessant ist auch, ob evtl. alternative Bauweisen (z.B. Holz, Hybrid) zur Ausführung kommen werden.
Bleibt zu hoffen, dass nicht äußere Einflüsse die Realisierung dieses Baugebiets erschweren oder verzögern.

Kommunale Wärmeplanung/Nahwärmenetz/ Klima und Umweltschutz

Obwohl die Gemeinde auf Grund ihrer Einwohnerzahl noch nicht verpflichtet gewesen wäre, jetzt eine Wärmeplanung erstellen zu lassen, hat der Gemeinderat beschlossen, dies in Auftrag zu geben- auch ohne eine eventuelle Landesförderung. Diese liegt inzwischen vor und beträgt 80% der 62.000 € Gesamtkosten. Der nächste Schritt wäre dann, daraus einen Wärmeplan erstellen zu lassen.
Ob, wann und unter welchen Rahmenbedingungen es dann möglich sein könnte, bestehende Wohngebiete an ein Wärmenetz anschließen zu können, kann u.E. derzeit nicht seriös beantwortet werden, da keine belastbaren Aussagen vorliegen. Klar ist aber, dass dies einen enormen finanziellen Aufwand bedeuten würde.
Hier könnte das für das Neubaugebiet N 5 beschlossene Nahwärmenetz wertvolle Erkenntnisse liefern.

Auch 2025 investiert die Gemeinde weiterhin in Klimaschutzmaßnahmen. So sind für die Errichtung von Photovoltaikanlagen auf gemeindeeigenen Gebäuden Mittel in Höhe von ca. **1,2 Mio. €** in den Haushalt aufgenommen worden.

Wohnungsbau

Trotz derzeit in Arbeit befindlicher oder fertiggestellter Baumaßnahmen von Bauträgern und privaten Investoren in unserer Gemeinde wird dies nur unwesentlich Entspannung auf dem Wohnungssektor bringen. Die Nachfrage ist weiterhin groß und die Mieten entsprechend.
Die von der Bundesbauministerin versprochenen 400 000 neuen Wohnungen jährlich sind nicht ansatzweise in Reichweite- trotz „Baugipfel“. Wesentliche Gründe für die Zurückhaltung bei privaten Bauherren und Vermietern sind u.E. die das Bauen immer mehr verteuernden Vorschriften und Auflagen und das Ungleichgewicht im Mietrecht. Eine Evaluierung des Baurechts und eine flexiblere Ausgestaltung von Baubauungsplänen wären angezeigt.
Ob und ggf. wie das als **eine** mögliche Lösung angesehene standardisierte Bauen sich auf den Wohnungsbau – evtl. auch in N 5- auswirken wird, bleibt abzuwarten.

Soziales /Schule und Bildung

Kommunales Verpflegungskonzept für Schulen und Kindergärten

Für die Verpflegung der Schulen und Kindergärten wurde ein Konzept erstellt und die Grundzüge dafür unter Beteiligung von Elternbeiräten, Betreuungskräften und Fraktionsvertretern erarbeitet. Bei den Anforderungen an Qualität und Ausgewogenheit haben sich Gemeinderat und Verwaltung an den Vorgaben der deutschen Gesellschaft für Ernährung orientiert. Während der Vertragslaufzeit (vorläufig zunächst 2 Jahre mit Verlängerungsoption) werden die vertraglich zugesicherten Leistungen evaluiert werden. Die Kosten belaufen sich für 2025 auf rd. **600.000 €** (reine Bezugskosten, ohne Personal- und Gebäudebetriebskosten), die Einnahmen (Essenbeiträge Eltern) auf **554.000 €**.

Kindertagesstätten/Betreuungsangebote

Dank guter Datenlage und einer klugen Vorausplanung der Verwaltung konnte in der Vergangenheit immer relativ zeitnah der Bedarf an Betreuungsplätzen gedeckt werden. So wurden im vergangenen Jahr weitere Räumlichkeiten in der Schwarzwaldstraße in Betrieb

genommen, die durch einen privaten Investor als ÖPP – Projekt für die Kinderbetreuung nutzbar umgebaut und von der Gemeinde angemietet worden sind.

Als weitere Maßnahmen ist die Aufstockung der Gymnastikhalle Eggenstein geplant, mit deren Umsetzung weitere multifunktional nutzbare Räume bereitgestellt werden, die sowohl vom Kindergarten als auch von der Lindenschule genutzt werden können.
Kostenaufwand: kalkulierte 2,1 Mio. €, Ansatz im Haushalt 2025: **400.000 €.** Weitere 1,7 Mio. im Haushalt 2026.
Mit dem geplanten Naturkindergarten wird das Betreuungsangebot ebenfalls erweitert werden. Die drei externen Kindergärten schlagen mit 3,2 Mio. € zu Buche. Die Zuweisung aus FAG-Mitteln beträgt für **alle** Kinderbetreuungseinrichtungen - auch die fünf der Gemeinde- zusammen knapp **4,0** Mio. €. Die Gesamtausgaben für die Kinderbetreuung liegen deutlich über netto **10 Mio. €**, die von der Gemeinde finanziert werden müssen.

Die **FDP-Fraktion** wird sich auch künftig weiter dafür einsetzen, dass ausreichend Betreuungsplätze zur Verfügung gestellt werden können. Die weitaus größere Herausforderung als das reine Bauen wird aber die Gewinnung von Erzieherinnen/Erziehern und weiterer Betreuungskräfte sein- was nicht neu ist- aber an Aktualität nicht verloren hat.Nur mit ausreichend vorhandenem Personal können die Betreuungszeiten zuverlässig eingehalten werden.

Die im letzten Jahr leider unumgängliche Einschränkung der Betreuungszeiten hat in erster Linie ihre Ursache im nicht verfügbaren bzw. fehlenden Personal. Der Gesetzgeber hat deshalb den Trägern die Möglichkeit eröffnet, in Ausnahmesituationen unter bestimmten Voraussetzungen vom Mindestpersonalschlüssel abweichen zu dürfen.
Die **FDP-Fraktion** hat durchaus Verständnis für die von Eltern geäußerte Problematik der Vereinbarkeit von beruflicher Tätigkeit und der Kinderbetreuung. Ein oft angesprochener Punkt sind die Elternbeiträge. Diese decken aber nur ca. 20 % der anfallenden Kosten.
Eine komplett beitragsfreie Kinderbetreuung – wie von vielen Eltern gewünscht - würden auch wir begrüßen, kann dauerhaft aber nur geleistet werden, wenn eine Gemeinde über ausreichend Einnahmen/finanzielle Mittel verfügt oder die Kosten aus allgemeinen

Steuermitteln finanziert werden. Hier wäre das Land gefordert. Dies wäre auch ein Beitrag zur oft verlautbarten Bildungs- und Chancengerechtigkeit, da es nach unserer Auffassung nicht davon abhängen darf, ob die Eltern in einer Gemeinde wohnen, die es sich leisten kann oder in einer, die nicht die finanziellen Mittel aufbringen kann.

Infrastruktur Glasfaserausbau

2024 konnte nach einem von der Deutschen Glasfaser durchgeführten Interessen-bekundungsverfahren ein Kooperationsvertrag abgeschlossen werden. Nicht einbezogen waren laut Ausbauplan DG die Gebiete „N5“ und „N6“. Zur Versorgung dieser Gebiete haben weitere Marktteilnehmer Interesse an einem Ausbau bekundet. Bleibt zu hoffen, dass die interessierten Bürgerinnen und Bürger nicht zu lange auf eine Realisierung warten müssen.

Gemeindeverwaltung/Personal/Digitalisierung/Rathaus

Der Anbau an das Rathaus Eggenstein ist fertiggestellt und inzwischen bezogen. Nun steht die Sanierung des bisherigen Gebäudes an. Genaue Kosten werden erst nach abgeschlossener Voruntersuchung und erfolgter Planung beziffert werden können Im Haushalt 2025 ist eine Planungsrate von 400.000 € eingestellt.
Nach Fertigstellung aller Arbeiten verfügt die Gemeindeverwaltung über die entsprechenden Arbeitsplätze, um die ständig weiter zunehmenden Aufgaben bewältigen zu können. Dies ist aber nur eine der Voraussetzungen für eine funktionierende Verwaltung. Noch wichtiger ist ausreichendes und qualifiziertes Personal. Dies zu gewinnen, wird vermutlich auch weiterhin

deutlich schwieriger als das Bauen der Büros. Nur wenn die Rahmenbedingungen stimmen und die Gemeinde als attraktiver Arbeitgeber wahrgenommen wird, kann dies gelingen.
Maßgebend ist nicht nur die Gehaltsgestaltung. Ganz wesentlich tragen auch die sog. „weichen Faktoren“ wie Arbeitsumfeld, Arbeitsklima, bedarfsgerechte Arbeitszeitgestaltung, Familienfreundlichkeit etc. dazu bei. Dies ist keineswegs eine neue Erkenntnis – aber aktueller denn je. Die Personalkosten sind **mit 16,3 Mio. €** veranschlagt.

Die ständig neu auferlegten Aufgaben und die überbordende Bürokratie belasten auch unsere Gemeinde. Als Lösung allein auf die Digitalisierung setzen zu wollen reicht nicht. Bevor digitalisiert wird, müssen die Verwaltungsprozesse auf ihre Notwendigkeit überprüft, ggf. verschlankt oder komplett gestrichen werden. Eine Vernetzung aller Behörden mit einer einheitlichen Plattform und aufeinander abgestimmte Abläufe wäre grundlegende Voraussetzung. Die Ziele, die mit dem Online-Zugangsgesetz diesbezüglich hätten erreicht werden sollen, sind bei weitem noch nicht in greifbarer Nähe.

Kommunale Eigenbetriebe Wasser und Abwasser

Das **Wasserwerk** ist fertiggestellt und in Betrieb. Größeres Projekt beim Eigenbetrieb Wasser wird in den nächsten Jahren nun die Erweiterung des Wasserbehälters sein, wofür 2025 50.000 € an Mitteln und 1,7 Mio. € als Verpflichtungsermächtigung im Haushalt stehen. Für die Ertüchtigung des Brunnens Sportplatzweg sind 100.000 € vorgemerkt

Der Neubau der **Kläranlage** wurde begonnen. Ziel ist es, eine Anlage bauen zu lassen, welche die Anforderungen der kommenden Jahre erfüllen kann. Dazu gehört eine optimale Reinigungsleistung und die energetische Verwertung/Nutzung des anfallenden Klärschlamms sowie evtl. die Wärmegewinnung aus den Abwässern. Hinzu kommt eine Photovoltaikanlagen auf dem Betriebsgebäude. Der erzeugte Strom wird selbst genutzt werden. Insoweit sehen wir den enormen Mittelbedarf für die Kläranlage von rd. 21,0 Mio. €.- wovon **7,8** Mio. € auf 2025 entfallen- als Investition in eine klimafreundliche Zukunft.
Darüber hinaus sind in beiden Eigenbetrieben Mittel für die Fortführung begonnener Maßnahmen und für das Leitungs- und Kanalnetz vorgesehen.
Nach Inbetriebnahme des Klärwerks verfügt die Gemeinde dann in beiden Eigenbetrieben über die notwendigen technischen Anlagen mit modernster Technik.

Die ursprünglich für 2025 vorgesehene Gebührenerhöhung wird überrechnet werden. In welcher Größenordnung sich der Invest auf die Gebühren auswirken wird, kann erst nach erfolgter erneuter Gebührenkalkulation beziffert werden. Zuletzt waren die Gebühren 2022 (für 2023 u.2024) erhöht worden.

Kommunale Notfallvorsorge/ Bevölkerungsschutz und Krisenmanagement

Wurde die Notwendigkeit für Krisen und Notfälle vorbereitet zu sein, in der Vergangenheit sehr stiefmütterlich behandelt bzw. dem Thema Krisenmanagement – kommunale Notfallplanung von der Politik nicht die notwendige Bedeutung beigemessen, so hat sich dies angesichts der Ereignisse in der Welt und insbesondere einer veränderte Bedrohungslage geändert. Früher vorhandene Schutzräume und die Sirenen wurden im Vertrauen auf
„ewigen Frieden“ und in Folge deutlicher Fehleinschätzungen der Weltlage aufgegeben und sollen nun wieder geschaffen werden. In unsere Gemeinde wurden die Sirenen auf Anraten der Feuerwehr beibehalten und auch laufend funktionstüchtig gehalten. Auch die Selbsthilfefähigkeit der Bevölkerung muss deutlich verbessert werden. Wer den Menschen in unserem Lande vorgaukelt, in Krisensituationen werde der Staat schon alles regeln, handelt fahrlässig. Mit großem Medienaufwand propagierte Warntage allein reichen nicht, man muss der Bevölkerung auch erklären, wie sie sich nach einer solchen Warnung verhalten soll.

Um die Vorgabe, Notfalltreffpunkte einzurichten, erfüllen zu können, sind bestimmte Gemeindegebäude dafür vorgesehen und werden ertüchtigt. Dies erfordert Investitionen in

Höhe von 350.000 €. Bereits vor einigen Jahren wurden auf Anregung der Feuerwehr geeignete Gebäude mit Notstromeinspeisemöglichkeiten versehen und entsprechende Notstromerzeuger beschafft. Da insbesondere bei Großschadenlagen die Feuerwehr funktionsfähig sein muss, sind die Feuerwehrhäuser ebenfalls notstromversorgt. Was durch den „Operationsplan Deutschland“ evtl. auf die Gemeinde zukommt, ist noch offen.

ÖPNV/Mobilität

Nach wie zuvor steigen die Ausgaben für den ÖPNV jährlich. Die Gemeinde wird gegenüber 2024 zur Finanzierung zwar mit einem etwas geringeren direkten Anteil in Höhe von rund 760.000 € in Anspruch genommen, leistet aber durch die Finanzierung über den Landkreis (Kreisumlage) einen weiteren Beitrag.
Wie es mit dem Deutschlandticket im Hinblick auf dessen dauerhafte Finanzierung weitergeht und wer welchen Anteil trägt (Bund, Land, kommunale Seite) ist auch noch nicht längerfristig geklärt. Darüber hinaus geistert immer noch die Mobilitätsgarantie mit der Mobilitätsabgabe der grün-schwarzen Landesregierung durch die Gegend. Und wie bei der Grundsteuer lenkt man den Unmut der Bürgerinnen und Bürger wieder auf die Gemeinderäte, indem man ihnen die Zuständigkeit und Verantwortung dafür zuschiebt.

Unabhängig von der Frage der Notwendigkeit lehnt die **FDP-Fraktion** jede Belastung der Gemeinde, der Bürgerinnen und Bürger und der Arbeitgeber im Hinblick auf die vorgesehene Form der Finanzierung ausdrücklich ab.

E-Mobilität/Ladeinfrastruktur

Ein weiterer Baustein in Sachen Mobilität ist eine intelligente und bedarfsorientierte Ladeinfrastruktur für die Aufladung von E-Fahrzeugen. Es konnte ein Anbieter gewonnen werden, der dies eigenwirtschaftlich ohne Kostenbeteiligung der Gemeinde realisieren will. Die Gemeinde wird bei Bedarf lediglich Flächen dafür zur Verfügung stellen.

Ehrenamt/Kultur/Vereinsförderung

Das Angebot unserer Vereine und Gruppen ist erfreulicherweise sehr breit gefächert und bietet jedem/jeder Interessierten die Möglichkeit, sich in unsere Ortsgemeinschaft einzubringen. Obwohl dies von der Landesregierung beschlossen worden ist und somit eine Landesaufgabe wäre, ist bei der bereits erwähnten Ganztagesbetreuung an Grundschulen auch an den Einsatz Ehrenamtlicher gedacht, um dies überhaupt einigermaßen umsetzen zu können.

Wie bereits beschrieben sah sich die Verwaltung auf Grund der gestiegenen Betriebskosten für die gemeindeeigenen Hallen veranlasst, dem Gemeinderat die Anpassung der Hallenbenutzungsgebühren ab 2025 vorzuschlagen, nachdem diese seit Jahren nicht erhöht worden waren. Dem stimmte der Gemeinderat zu, verschob allerdings den Zeitpunkt des Inkrafttretens vom 1.1. auf den 1.7.2025, um den Vereinen Zeit zu gegeben, dies mit entsprechendem Vorlauf vereinsintern umsetzen zu können. Die bisher geübte Praxis, den Vereinen und Kirchen für Investitionen Zuschüsse zu gewähren, bleibt unberührt Die für 2025 beantragten Vereinsförderungen wurden in den Haushalt 2025 mit einer Summe von insgesamt 70.000 € aufgenommen. Ebenso soll eine Neugestaltung der Bolzplätze in Angriff genommen werden. Bei der Ausgestaltung sehen wir es als zielführend an, auch die „Nutzer“ sprich Kinder und Jugendliche in die Überlegungen einzubeziehen, um nicht am Bedarf vorbei zu planen.
In unserer Gemeinde lebt das Ehrenamt und viele Bürgerinnen und Bürger bringen sich in unser Gemeinwesen ehrenamtlich in vielfältiger Weise ein. Dieses wertvolle – ja unverzichtbare - bürgerschaftliche Engagement zu erhalten und zu fördern, ist der **FDP-Fraktion** auch künftig ein wichtiges Anliegen. Allen dafür ein herzliches Dankeschön!
Insbesondere den Einsatzkräften der Feuerwehr, der DRLG-Notfallhilfe und des DRK für ihre jederzeitige Bereitschaft in Notfällen wertvolle Hilfe zu leisten!

Fazit zum Haushalt

Ein verantwortungsbewusstes Handeln und ein wirtschaftlicher und sparsamer Umgang mit den der Gemeinde zur Verfügung stehenden Haushaltsmitteln, die letztendlich von den Steuerzahlern erbracht werden müssen, ist notwendig und sollte selbstverständlich sein. Da die Mittel nicht mehr in unbegrenztem Umfang zur Verfügung stehen werden, ist eine Auf- und Ausgabenpriorisierung angezeigt. Pflicht kommt eben vor Kür! Die Vorgabe, den künftigen Generationen keine immensen Belastungen hinterlassen zu dürfen gilt nach wie zuvor besonders auch für die Finanzen.

Abschließend:
Die **FDP-Fraktion** stimmt dem Haushalt 2025 zu.

Wer sich intensiv mit dem Haushaltsplanentwurf beschäftigt, kann unschwer erkennen, welche enorme Vorarbeit notwendig war, dieses über 500 Seiten umfassende Werk zu erstellen. Dafür gebührt insbesondere den Amtsleiterinnen Frau Eickel und Frau Reicherz mit ihrem Team sowie allen beteiligten Fachabteilungen unser besonderer Dank!
Allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Gemeinde danken wir ausdrücklich für die für unsere Einwohnerschaft geleistete Arbeit! Insbesondere dem Rathauspersonal, das durch die Bauarbeiten am Neubau zusätzliche Belastungen hat ertragen müssen!
Dank an die Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates für das kollegiale Miteinander. Lassen Sie uns stets gute Entscheidungen zum Wohle unserer Bürgerinnen und Bürger treffen.

„Die Römer haben das Geld erfunden, aber warum nur so wenig?“

In diesem Sinne auf ein gutes Jahr 2025 – auch wenn es derzeit nicht gerade danach aussieht!

23.02.2025

Die FDP-Gemeinderatsfraktion
Verena Melchers, Dominik Wolf und Willy Nees